

1 **Feuer und Flamme für das Ehrenamt. Engagement fördern. Zukunftsfähigkeit erhalten**

2 Antragsteller: Kommission Innen und Recht

3 Die rund 1.300 Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein sind mit ihren über 48.000
4 Feuerwehrleuten ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sowohl im
5 ländlichen Raum als auch in städtischen Ballungsgebieten. Die Junge Union Schleswig-
6 Holstein erkennt an, dass die Feuerwehr neben ihrer gesetzlichen Verpflichtung des
7 Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung auch ein großer Bestandteil des
8 kulturellen und gesellschaftlichen Lebens ist, insbesondere im ländlichen Raum.

9 Der demographische Wandel stellt auch die Wehren vor große Herausforderungen. Hinzu
10 kommen die Aussetzung der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des
11 Wehersatzdienstes sowie die sinkende Tagesverfügbarkeit der ehrenamtlichen
12 Einsatzkräfte.

13 Die Feuerwehren in Schleswig-Holstein arbeiten jährlich ca. 40.000 Einsätze ab. Allerdings
14 rufen immer mehr Menschen die Feuerwehr bei Bagatellfällen an. Sie verlassen sich auf die
15 Hilfe der ehrenamtlich Tätigen ohne vorher selbstständiges Handeln in Erwägung zu
16 ziehen. Dem stetig steigenden Einsatzaufkommen der Feuerwehren muss durch eine
17 Sensibilisierung der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

18 Die Feuerwehren in Schleswig-Holstein müssen weiterhin zukunftsfähig aufgestellt sein,
19 um ihre Aufgaben zuverlässig ausführen zu können. Dies betrifft Personal und Material.

20 Zur Sicherung der personellen Mindeststärke begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein
21 u.a. die Möglichkeit der Einrichtung einer Kinderfeuerwehr als Abteilung in der
22 Freiwilligen Feuerwehr zur Nachwuchsförderung im aktuellen Brandschutzgesetz. Des
23 Weiteren muss die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft an Wohn- und Arbeitsort
24 verstärkt unterstützt werden. Die Politik muss weiterhin Unternehmen auszeichnen, die
25 ihren Mitarbeitern eine uneingeschränkte Teilnahme an Feuerwehreinsätzen ermöglichen.

26 Die Landesregierung soll finanzielle Anreize schaffen, dass sich die von den Kommunen
27 angeschafften Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände an den aktuellen Anforderungen
28 des Katastrophenschutzes orientieren. Ein wichtiges Beispiel sind geländegängige
29 Einsatzfahrzeuge. Hierdurch kann der Wegfall der Bundeswehr in der Fläche kompensiert
30 werden.

31 Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für eine stärkere Koordinierung bei
32 Beschaffung und Nutzung des Materials unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus.
33 Hierdurch soll die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Wehren optimiert werden und
34 sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.

35 Die Junge Union Schleswig-Holstein zeigt Verständnis für den erheblichen Unmut der
36 Feuerwehren über den von den regierenden Fraktionen eingebrachten Gesetzesentwurf.
37 Dieser qualifiziert die bisher von den Feuerwehren eigenverantwortlich geführten
38 Kameradschaftskassen als Sondervermögen der Gemeinden und unterwirft sie den
39 entsprechenden haushaltsrechtlichen Vorschriften. Es war daher richtig, den
40 Änderungsantrag, der ohne hinreichende Absprache mit den Feuerwehren im
41 Schnelldurchgang verabschiedet werden sollte, zurückzuziehen. Dennoch hält die Junge
42 Union Schleswig-Holstein eine transparente und rechtliche Regelung zur Einordnung der
43 Kameradschaftskassen für unverzichtbar. Eine neue Regelung hat eine transparente, aber
44 gleichwohl eigenverantwortliche Verwaltung der Kassen sicherzustellen, muss andererseits
45 aber auch eine missbräuchliche Verwendung der Gelder verhindern. Ein Zugriff der
46 Kommunen auf die Kameradschaftskassen muss ausgeschlossen sein. Die rechtliche
47 Stellung der Kameradschaftskassen muss in enger Zusammenarbeit mit dem
48 Landesfeuerwehrverband erarbeitet werden.